

Jeronim Perović

Russlands Aufstieg zur Energiegroßmacht

Geschichte einer gesamteuropäischen Verflechtung

Ungeachtet des ideologischen Konflikts exportierten bereits die Bolschewiki Öl in den kapitalistischen Westen. Dafür erhielten sie Devisen und Technologien. An der Struktur dieses Tausches hat sich wenig geändert. Mitte der 1950er Jahre gewann die Sowjetunion auf dem europäischen Ölmarkt an Gewicht. Doch erst mit der Erschließung der Gasvorkommen in Westsibirien Anfang der 1970er Jahre begann der Aufstieg der UdSSR zur Energiegroßmacht. Begünstigt wurde dies durch die Entspannungspolitik mit der Idee des „Wandels durch Handel“ sowie durch die Wahrnehmung unter den Westeuropäern, dass Energielieferungen aus Osteuropa zuverlässiger sind als die aus dem Nahen Osten. Heute geht es um die Frage, wie mit der energiepolitischen Abhängigkeit umgegangen werden soll. An Russlands Rohstoffen führt kein Weg vorbei.

Russland und Westeuropa sind nirgends derart eng verflochten wie im Bereich der Energie. Die Energieflüsse zwischen Ost und West haben ideologische Barrieren überwunden und Kriege und Sanktionen überstanden. Die Bolschewiki knüpften kurz nach ihrer Machtergreifung 1917 an die Tradition ihrer Vorgänger an. Sie exportierten das im Kaukasus geförderte Öl in den kapitalistischen Westen, um sich im Gegenzug Zugang zu westlicher Technologie und harter Währung zu verschaffen. Eine verfehlte Energiepolitik führte jedoch in den 1930er Jahren dazu, dass die Bedeutung der Sowjetunion als Rohstofflieferant Europas deutlich zurückging.

Die forcierte Erschließung neuer Vorkommen in der Wolga-Ural-Region verschaffte dem Land zwar ab Mitte der 1950er Jahre wieder eine gewichtigere Stellung auf dem europäischen Ölmarkt. Doch erst die Entscheidung der Sowjetführung Ende der 1970er Jahre, die gigantischen westsibirischen Erdgasfelder zu erschließen und einen Teil der Rohstoffe über einen direkten Exportkanal Richtung Westen zu transportieren, legten in der späten Sowjetzeit die Grundlagen zum Aufstieg Russlands als Energiegroßmacht von internationaler Bedeutung.

Jeronim Perović (1971), Dr. phil., Assistenzprofessor an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte des Historischen Seminars der Universität Zürich

Ich danke Dunja Krempin, Felix Rehschuh und Felix Frey für die kritische Durchsicht dieses Beitrags und hilfreiche Kommentare.

Von Jeronim Perović erschienen zuletzt in OSTEUROPA: Farce ums Gas. Russland, die Ukraine und die europäische Politik, in: OE, 1/2009, S. 19–35. – Am Abgrund. Fehlentwicklungen im Nordkaukasus, in: OE, 7/2006, S. 33–53.

OSTEUROPA, 63. Jg., 7/2013, S. 5–28

Die Bolschewiki und das Öl

Die Bolschewiki um ihren Führer Vladimir Il'ič Lenin verurteilten die imperialistische Gier nach Rohstoffen. Doch auch sie wussten, dass ihr neuer Staat ohne das Öl des Kaukasus, das Getreide der Ukraine oder die Baumwolle Turkestans kaum überlebensfähig war. Die Bolschewiki übernahmen 1917 mit dem Versprechen die Macht, die Völker Russlands vom kolonialen Joch des Zarismus zu befreien. Als zahlreiche nichtrussische Völker nach der Revolution tatsächlich vom Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machten und sich von Russland abspalteten, stemmten sich die Bolschewiki jedoch mit allen Kräften gegen den Zerfall des ehemaligen Zarenreiches. Sie führten den Bürgerkrieg nicht nur um Land, sondern auch um Ressourcen: Im mehrheitlich von Nichtrussen besiedelten Kaukasus, wo sich die gesamte damalige Erdölförderung konzentrierte, kämpften sie auch um den Zugang zu den Ölfeldern bei Groznyj und Baku. Wer den Kaukasus beherrsche, so gab der damalige Volkskommissar für Nationalitätenfragen, Iosif Stalin, der *Pravda* in einem Interview am 30. November 1920 zu verstehen, der kontrolliere nicht nur die wichtigste Quelle von Roh- und Brennstoffen, sondern auch die Handels- und Transportwege zwischen Europa und Asien.

Nach der Eroberung des Kaukasus durch die Rote Armee verstaatlichten die Bolschewiki die Erdölindustrie und drängten die ausländischen Unternehmer aus dem Land. Lenin, der nicht müde wurde, die Kapitalisten des Westens zu verteufeln, setzte sich jedoch bereits Anfang der 1920er Jahre vehement und gegen nicht geringen partei-internen Widerstand dafür ein, westliche Energieunternehmen durch die Vergabe von Konzessionen wieder ins Land zurückzuholen, um die durch Revolution und Krieg stark in Mitleidenschaft gezogene Erdölindustrie so schnell wie möglich wieder herzustellen. Auf dem Parteitag im März 1921 rief Lenin seinen Genossen zu:

Ohne Konzessionen können wir auf eine Unterstützung durch die hochentwickelte moderne kapitalistische Technik nicht rechnen. Und ohne diese Technik können wir keine richtigen Grundlagen für unsere Großindustrie auf solchen Gebieten schaffen wie der Gewinnung von Erdöl, das für die gesamte Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist.¹

Die Feststellung des sowjetischen Revolutionsführers, dass der neue Staat nicht in der Lage sei, sich aus eigener Kraft zu modernisieren, war nicht für die Öffentlichkeit gedacht. Und so bat Lenin die Parteigenossen denn auch eindringlich, seine Anmerkungen zu den Konzessionen und zum Handel mit Erdöl „nicht zu notieren“.² Dabei wollte er die Betonung der großen Rolle des Erdöls keinesfalls als Programm für den künftigen Aufbau Sowjetrusslands verstanden wissen. Öl galt den Bolschewiki als Mittel zum Zweck. Wie Kohle oder Torf sollte Erdöl als Brennstoff für die Industrialisierung des Landes und bei der Treibstoffgewinnung im noch kaum entwickelten Automobilsektor und in der Flugzeugindustrie eingesetzt werden. Genau wie die russischen Unternehmer während der Zarenzeit behandelten auch die Bolschewiki das Öl weiterhin als Exportgut, das – wie Weizen oder Holz – in möglichst großen Mengen

¹ W.I. Lenin: Werke, Band 32. Berlin 1982, S. 272.

² Ebd.

und im Gegenzug für Technik und Fremdwährung in den Westen verschifft werden sollte. Denn ohne Zugang zum Weltmarkt und die Stütze von „Hundertern Millionen Goldrubeln“, so gab Lenin auf dem erwähnten Parteikongress im März 1921 zu verstehen, werde das Land außerstande sein, den „fortgeschrittenen Kapitalismus einzuholen“.³

Tatsächlich waren es etwa die Bohrtechnologie der britischen Firma Vickers und die Zusammenarbeit mit amerikanischen und deutschen Konstrukteuren, die maßgeblich zur Wiederbelebung und Modernisierung der sowjetischen Ölindustrie im Kaukasus beitrugen.⁴ Ende der 1920er Jahre übertraf die sowjetische Erdölförderung den Höchststand, der bereits 1904 im zaristischen Russland erreicht worden war, wodurch das Land zu einem der weltweit führenden Erdölexporteure aufstieg.⁵ Die Blockadeversuche der etablierten internationalen Energieunternehmen, die um ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt fürchteten, konnten die Bolschewiki durch deutlich geringere Preise wirksam aufweichen.

Zwei Drittel des sowjetischen Öls wurden zu diesem Zeitpunkt von den fünf europäischen Ländern Großbritannien, Italien, Deutschland, Frankreich und Spanien aufgekauft.⁶ Um 1930 hatte das sowjetische Öl einen Anteil von rund 15 Prozent am westeuropäischen Ölverbrauch. In Deutschland betrug er rund 20 Prozent, im faschistischen Italien sogar 68 Prozent.⁷ Dabei sahen die Westeuropäer das „rote Öl“ keineswegs als Sicherheitsrisiko an. Die Sowjetunion belieferte damals sogar die britische und die französische Marine.⁸ Zeitgleich mit der Stabilisierung der Erdölindustrie ging das bolschewistische Regime dazu über, die Vergaben der verhassten Konzessionen an ausländische Unternehmen einzustellen, und drängte diese erneut aus dem Land heraus.⁹

Gemessen an der strategischen Bedeutung, welche die sowjetische Führung dem Erdöl zuschrieb, war ihre Bereitschaft, diesen Sektor auch nachhaltig zu fördern und auszubauen, erstaunlich gering. Die Erdölförderung konnte zwar kontinuierlich gesteigert werden. 1928 generierten Erdölverkäufe bereits 14 Prozent der gesamten sowjetischen Fremdwahreinnahmen.¹⁰ Doch der Erdölsektor erhielt deutlich weniger Investitionen zugesprochen als andere Wirtschaftsbereiche, etwa der Kohlesektor.¹¹ Dies zeigte sich darin, dass der Anteil des Erdöls am sowjetischen Energieverbrauch zwar von rund elf Prozent in den Jahren 1927/28 auf rund 19 Prozent 1937 anstieg, während der Kohlesektor jedoch deutlich stärker wuchs. Sein Anteil am Energiemix stieg in diesem Zeitraum von 30 auf 47,7 Prozent an.¹² Dieser Zuwachs hatte nicht nur mit der starken Kohlelobby zu tun, sondern auch damit, dass führende sowjetische Wirtschaftsplaner wie etwa Gleb Kržizanovskij dem Erdöl beim Aufbau der einheimischen

³ Ebd.

⁴ Geoffrey Jones, Clive Trebilcock: Russian Industry and British Business 1910–1930: Oil and Armaments, in: *The Journal of European Economic History*, 1/1982, S. 61–103, hier S. 96–97.

⁵ Zu den Förder- und Exportzahlen im zaristischen Russland und der Sowjetunion: Marshall I. Goldman: *Petrostate: Putin, Power, and the New Russia*. Oxford 2008, S. 4–6.

⁶ A.A. Igolkin: *Neftjanaja promyšlennost' SSSR (1928–1950-e gody)*. Moskva 2011, S. 245.

⁷ Claudia Wörmann: *Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz: Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR*. Bonn 1986, S. 27.

⁸ Ebd.

⁹ Jones, Trebilcock, *Russian Industry* [Fn. 4], S. 101.

¹⁰ Goldman, *Petrostate* [Fn. 5], S. 29.

¹¹ A.A. Igolkin: *Neftjanaja politika SSSR v 1928–1940-m godach*. Moskva 2005, S. 7–9.

¹² Igolkin, *Neftjanaja promyšlennost'* [Fn. 6], S. 30.

Volkswirtschaft keinen großen Stellenwert einräumten.¹³ Nicht wenige glaubten damals sogar, dass Erdöl als Mittel für die Treibstoffgewinnung nur eine vorübergehende Rolle spielen und dieser Energieträger bald von anderen abgelöst werden würde.¹⁴ Öl passte nicht zum Bild der Moderne, das die Bolschewiki der frühen Sowjetzeit im Visier hatten. In der hellen Zukunft des Kommunismus stellte vielmehr die Förderung der Elektrizität das Herzstück der Energiepolitik dar. In der berühmten Aussage Lenins von der „Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“,¹⁵ hatte Erdöl keinen Platz. Die Elektrifizierung sollte zwar durchaus auch mithilfe von Erdöl oder Kohlekraftwerken realisiert werden, noch mehr aber setzten die Bolschewiki auf den Bau gigantischer Wasserkraftwerke.¹⁶ Gerade Wasserkraftwerke vermochten nach Ansicht der Bolschewiki die Symbole der neuen Sowjetära viel eher zu verkörpern als die Bohrtürme in der ölverschmutzten Landschaft um Baku. Das Erdöl, dem zudem noch der Geruch des Kapitalismus anhaftete, bildete nicht den Inhalt von Mobilisierungskampagnen, wie sie zur Elektrifizierung, zu dem Bau von Wasserkraftwerken oder der Gewinnung von Stahl und Kohle durchgeführt wurden. Öl tauchte als Sujet, etwa auf Plakaten, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kaum in der offiziellen Propaganda des neuen Sowjetstaates auf.

Öl und Krieg

Dieser im Kern ambivalente Umgang mit dem Erdöl sollte sich bald rächen. Bereits Anfang der 1930er Jahre gingen aufgrund eines dramatischen Preiserfalls im Zuge der weltweiten Depression nicht nur die Erträge aus dem Export von Öl stark zurück. Auch brach der Export ab 1932 deshalb ein, weil die Sowjetunion zunehmend Öl für den eigenen Bedarf brauchte. 1940 erzielte das Land trotz einer schlechten Ernte mehr Gewinn aus dem Verkauf von Getreide als von Erdöl.¹⁷ Die Bolschewiki wussten zwar aus Beobachtungen des Ersten Weltkriegs und eigenen Erfahrungen im Bürgerkrieg sehr genau, dass sich moderne mechanisierte Kriege ohne Erdöl nicht gewinnen ließen. Stalin nannte im Dezember 1925 die „Erdölfrage“ eine der „Grundfragen für die Weltmächte“, an der sich die imperialistischen Staaten letztlich aufreiben würden.¹⁸ Zwei Jahre später ließ er sich in seinem politischen Rechenschaftsbericht an das Zentralkomitee mit den Worten vernehmen, dass „ohne Erdöl“ kein Krieg zu führen sei und derjenige „Siegchancen im kommenden Krieg“ habe, der „auf dem Gebiet des Erdöls überlegen [sei]“.¹⁹ Daraus entwickelte die sowjetische Führung aber keine Strategie, die das Erdöl in den Mittelpunkt einer neuen Energiepolitik gerückt hätte.

¹³ Ebd., S. 27–28.

¹⁴ A.A. Igolkin: *Sovetskaja neftjanaja promyšlennost' v 1921–1928 godach*. Moskva 1999, S. 127.

¹⁵ Zitat Lenins vom 22. Dezember 1920 aus: W.I. Lenin: *Werke*, Band 31. Berlin 1977, S. 513. Zu Lenins Elektrifizierungspolitik: Heiko Haumann: *Beginn der Planwirtschaft: Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrusslands, 1917–1921*. Düsseldorf 1974.

¹⁶ Dazu grundlegend: Klaus Gestwa: *Die Stalinschen Grossbauten des Kommunismus: Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967*. München 2010; zu den Wasserkraftwerken insbesondere S. 48–74.

¹⁷ Goldman, *Petrostate* [Fn. 5], S. 6; 30.

¹⁸ J.W. Stalin: *Werke*, Band 7. Berlin 1952, S. 142.

¹⁹ J.W. Stalin: *Werke*, Band 10. Berlin 1953, S. 137–138.

Hatten die USA, Großbritannien und Deutschland bereits Anfang des 20. Jahrhunderts mit Eifer begonnen, ihre Volkswirtschaften auf Erdöl umzustellen, so leitete die Sowjetunion diesen Übergang erst Ende der 1930er Jahre ein. Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen in Europa änderte die sowjetische Führung ihre Einstellung zu diesem Rohstoff. Ihr wurde bewusst, dass der UdSSR im Fall eines Kriegs der Treibstoff knapp werden könnte. Noch mehr musste sie beunruhigen, dass zu diesem Zeitpunkt nahezu die gesamte Erdölförderung und die Erdölverarbeitungsindustrie im Kaukasus konzentriert waren. Sollte es einer äußeren Macht gelingen, diese exponierte Region zu erobern, wäre die Sowjetunion vollständig von der Erdölaufuhr abgeschnitten.

Bereits Ende der 1920er Jahre war der sowjetischen Führung zwar bekannt, dass riesige Mengen an Erdöl und anderen Rohstoffen im Wolga-Ural-Gebiet lagerten. Doch unternahm sie kaum Anstrengungen, diese Ressourcen zu erschließen. Angesichts der wachsenden Kriegsangst lag Ende der 1930er Jahre das Augenmerk auf einem möglichst schnellen Wachstum der Fördermengen, und ein solches ließ sich kurzfristig nur durch eine Steigerung der Erdölförderung im Kaukasus erreichen. Vermochte *Azneft'*, das bei Baku operierende Erdölunternehmen, seine Förderung in der Folge tatsächlich zu erhöhen,²⁰ so schreckte der dramatische Rückgang der Erdölförderung bei Groznyj die sowjetische Führung auf. Entfiel 1932 noch 36,2 Prozent der sowjetischen Erdölförderung auf das staatliche Erdölunternehmen *Grozneft'*, so sank dieser Anteil bis 1937 auf 22 Prozent.²¹

Die sowjetische Parteiführung akzeptierte diese Situation nicht und entließ im Frühjahr 1940 den Ersten Parteisekretär der Tschetscheno-Inguschischen Republik. Mit Viktor Ivanov berief das Politbüro eine Person auf den Posten, die Erfahrungen in der Erdölindustrie mitbrachte. Immerhin hatte Ivanov bis zu diesem Zeitpunkt die Erdöl-Abteilung des tschetscheno-inguschischen Parteibüros geleitet. Er sollte nun die Missstände in der Republik beheben und vor allem die Erdölförderung wieder auf Kurs bringen.

Tatsächlich verkündete Ivanov bereits Mitte November 1940 vor dem 4. Plenum des tschetscheno-inguschischen Parteibüros, dass die „feindliche Theorie“, wonach es bei Groznyj nicht genügend Erdöl gebe, durch eine Steigerung der Förderung bereits habe widerlegt werden können. Auch die erdölverarbeitende Industrie bei Groznyj, die damals rund ein Drittel des sowjetischen Erdöls verarbeitete, habe ihre Förderung stabilisieren können.²² Dass die Vorgaben für die Erdölförderung von Anfang an zu hoch angesetzt und schon aufgrund geologischer Gegebenheiten nicht erfüllbar waren (tatsächlich hatte die Erdölförderung bei Groznyj bereits Anfang der 1930er Jahre ihren Peak erreicht), wollte die sowjetische Führung nicht wahrhaben. Letztlich war durch nichts zu verhindern, dass die Bedeutung Groznyjs an der sowjetischen Erdölförderung in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zurückgehen sollte.

Nahm das Bewusstsein der sowjetischen Führung um die Bedeutung des Erdöls in den späten 1930er Jahren zu, so erfolgte der eigentliche energiepolitische Paradigmen-

²⁰ *Azneft'* war 1937 für über 60 Prozent der sowjetischen Erdölförderung verantwortlich; Igolkin, *Neftjanaja politika SSSR* [Fn. 11], S. 137.

²¹ Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Fond (F.) 17, Opis' (Op.) 117, Delo (D.) 87, List (L.) 76.

²² Hatten die Anlagen von *Grozneft'* im Juni 1940 nach Ivanov noch 5978 t Öl gefördert, so lag die Förderung im Oktober bereits bei 6820 t; RGASPI, F. 17, Op. 22, D. 3725, L. 2.

wechsel erst mit dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941. Als klar wurde, dass Hitlers Vormarsch auch darauf abzielte, der Sowjetunion durch die Eroberung des Kaukasus die Ölzufuhr abzuschneiden, ließ Stalin ganze Anlagen demontieren und in die Wolga-Ural-Region zu verlegen. Dort beorderte er auch rund 10 000 Erdölarbeiter aus dem Kaukasus hin, die hier im Schnelltempo neue Vorkommen erschließen sollten.²³

Die Operation der Wehrmacht war zwar insofern ein Misserfolg, als es ihr nicht gelang, die Erdölfelder Groznyjs und Bakus zu erobern. Die deutschen Truppen konnten nur die zuvor von der Sowjetarmee weitgehend zerstörten Erdölanlagen bei Majkop in Adygien besetzen. Da Stalin präventiv Teile der Anlagen bei Groznyj und Baku hatte abbauen und Bohrlöcher zubetonieren lassen (was zu teilweise irreparablen Schäden führte), die Förderung östlich der Wolga aber noch nicht im gewünschten Ausmaß angelaufen war, brach die sowjetische Erdölförderung zwischen 1940 und 1946 um rund 30 Prozent ein.²⁴ Infolgedessen geriet das Land während des Kriegs gegen Nazi-Deutschland trotz seiner riesigen Reichtümer an fossilen Energieträgern in einen ernsthaften Versorgungsengpass. Ohne die Treibstofflieferungen aus den USA, die im Rahmen des sogenannten „Lend-Lease“-Programms durchgeführt wurden, hätte die Rote Armee ihre mechanisierten Truppen, insbesondere die Luftwaffe, wohl nur beschränkt einsetzen können.²⁵

Der Umschwung während des Kriegs veränderte nicht nur die Geographie der sowjetischen Ölförderung, indem die Wolga-Ural-Region nun zum „zweiten Baku“ aufstieg, sondern das geschärfte Bewusstsein um den wirtschaftlichen und militärstrategischen Stellenwert des Öls beeinflusste Moskaus außenpolitisches Verhalten in der unmittelbaren Nachkriegszeit: So versuchte die Sowjetführung 1946 durch verdeckte Kriegführung und politischen Druck nicht nur Konzessionen an der Ausbeutung der iranischen Erdölfelder zu erzwingen,²⁶ sondern beschlagnahmte im von der Roten Armee besetzten Rumänien auch den Erdölsektor. Nach der Sowjetunion war Rumänien damals der wichtigste Erdölförderer Osteuropas und der bedeutendste Treibstofflieferant der deutschen Kriegsmaschine gewesen.²⁷ Auch übernahm die Sowjetunion vorübergehend die faktische Kontrolle über die damals nicht unerhebliche Erdölförderung Österreichs.²⁸

Innenpolitisch wurde Erdöl nun Teil der allgemeinen gesellschaftlichen Mobilisierungskampagne. Bereits kurz nach Kriegsausbruch wurde auf Plakaten erstmals

²³ Steve LeVine: *The Oil and the Glory: The Pursuit of Empire and Fortune on the Caspian Sea*. New York 2007, S. 49–51.

²⁴ Vgl. die Daten bei: Goldman, *Petrostate* [Fn. 5], S. 6.

²⁵ Natalya Butenina: *Land-Lease: The Oil Factor*, in: *Oil of Russia*, 1/2005, <www.oilru.com/or/22/360/>. Dazu auch: <<http://lend-lease.airforce.ru/index.htm>>.

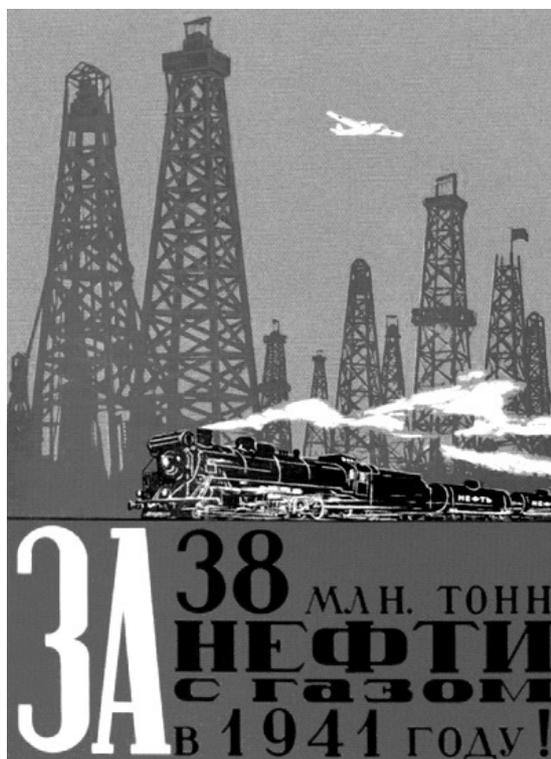
²⁶ Vladislav M. Zubok: *A Failed Empire: The Soviet Union in the Cold War From Stalin to Gorbachev*. Chapel Hill 2007, S. 41f. – Fernando Scheid Raine: *The Iranian Crisis of 1946 and the Origins of the Cold War*, in: Melvyn P. Leffler, David S. Painter (Hg.): *Origins of the Cold War: An International History*. London, New York ²2005, S. 93–111.

²⁷ A.A. Igolkin: *Sovetskaja neftjanaja politika v 1940-m–1950-m godach*. Moskva 2009, S. 264.

²⁸ Walter M. Iber, Peter Ruggenthaler: *Sowjetische Wirtschaftspolitik im besetzten Österreich. Ein Überblick*, in: Dies. (Hg.): *Stalins Wirtschaftspolitik an der sowjetischen Peripherie: Ein Überblick auf der Basis sowjetischer und osteuropäischer Quellen*. Innsbruck 2011, S. 187–207.

öffentlich für die Steigerung der Ölförderung geworben.²⁹ Diese Neudeutung des Erdöls setzte sich auch in der Nachkriegszeit fort. Öl galt nun nicht mehr als Symbol der Rückwärtsgeradheit, sondern stieg zum Zeichen eines allgemeinen Fortschritts auf. In den frühen 1950er Jahren symbolisierte Öl auch einen wachsenden individuellen Wohlstand, der sich etwa in einer, wenn auch sehr langsamen, Zunahme von Automobilen ausdrückte. Endlich durfte auch der „Erdölmann“ (neftjanik) mit den bereits etablierten Kohle- und Metallarbeitern zum Symbol des sowjetischen Stoßarbeiters aufsteigen und als „Held der Arbeit“ gefeiert werden.³⁰

Das Bild vom Öl änderte sich auch handelspolitisch: Wurde um den sowjetischen Export mit Erdölförderung in den 1920er und 1930er Jahren möglichst kein großes Aufheben gemacht, so feierte die Sowjetunion nun den Erdölexport als Beitrag für „das geliebte Vaterland“ – wie dies etwa ein sowjetisches Propagandaplakat von 1950 verkündete.³¹ Damit brachte die Sowjetunion nicht nur ein neues patriotisches Gefühl zum Ausdruck, sondern bekannte sich erstmals auch offen zum Erdöl als einem integralen Element ihres Selbstverständnisses als internationale Großmacht.



„Für 38 Millionen Tonnen Öl mit Gas im Jahr 1941!“

²⁹ Das bekannteste Plakat aus diesem Zeitraum ist wohl das 1941 erschienene Plakat von P.P. Gorelyj mit der Aufschrift „Für 38 Millionen Tonnen Öl mit Gas im Jahr 1941!“ (Za 38 mln. tonn nefti s gazom v 1941 gody!); <www.plakaty.ru/posters?id=1924>.

³⁰ Die neue Bedeutung des Erdölarbeiters brachte das Plakat von P. Krivonogov aus dem Jahr 1948 zum Ausdruck, das die Überschrift trägt „Erdölmänner, mehr Öl für die Heimat! Erfüllen wir den Fünfjahresplan in vier Jahren!“ (Neftjanniki, bol'she nefti Rodine! Vypolnim pjatiletku v 4 goda!); <www.plakaty.ru/posters?id=1928>.

³¹ Das Plakat wurde 1950 von V.N. Elkin entworfen und trägt den Titel „Transportieren wir mehr Öl für die Bedürfnisse des geliebten Vaterlandes“ (Bol'she perevezëm nefti dlja nužd ljubimoj Rodini); <www.plakaty.ru/posters?id=1929>.

Öl als Waffe

Die von Stalin angeordnete forcierte Erdölerschließung in der Wolga-Ural-Region führte nicht nur dazu, dass der Rückgang der Förderung im Kaukasus bereits ab Ende der 1940er Jahre aufgefangen werden konnte. Ab Mitte der 1950er Jahre förderte die Sowjetunion Erdöl sogar im Überfluss und konnte immer größere Mengen ins Ausland exportieren. Zur positiven Energiebilanz trug auch bei, dass die Sowjetunion nun Erdöl und andere Ressourcen nicht nur aus Rumänien und Österreich, sondern auch aus anderen Ländern Ostmitteleuropas importierte. Tatsächlich war diese Region zu diesem Zeitpunkt ein Nettoexporteur von Energieträgern. Erst im Laufe der 1960er Jahre, im Zuge der gezielten Expansion sowjetischer Energielieferungen und des Baus von Exportpipelines, gerieten die Länder Osteuropas in immer größere Abhängigkeit von sowjetischem Öl und später Gas.³²

Der sowjetische Export ging im Wesentlichen in jene Länder, mit denen die Sowjetunion bereits vor dem Krieg Handel betrieben hatte. Italien, Frankreich, Großbritannien und nach Stalins Tod 1953 auch Westdeutschland bezogen nach dem Krieg Öl aus der Sowjetunion, wenn auch zunächst nur in sehr bescheidenen Mengen. Zu den wichtigsten Abnehmern wurden in diesem Zeitraum kleinere Länder, allen voran Finnland, Schweden und Irland. 1954 absorbierten diese drei Staaten 73,5 Prozent des gesamten sowjetischen Erdölexportvolumens, das an nichtkommunistische Staaten ging.³³

Insgesamt lieferte die Sowjetunion jedoch Anfang der 1950er Jahre viel zu wenig Öl nach Europa, als dass dies volkswirtschaftlich relevant gewesen wäre. Entsprechend waren sowjetische Öllieferungen auch kaum Gegenstand politischer Diskussionen in Westeuropa, zumal die Sowjetführung darauf bedacht war, gerade gegenüber den größeren europäischen Kunden als verlässlicher Handelspartner aufzutreten. Denn wie schon vor dem Krieg betrachtete die Sowjetunion diese als wichtige Handelspartner und Quelle für Deviseneinnahmen. Dasselbe galt nicht unbedingt für die kleineren europäischen Volkswirtschaften oder Länder der Dritten Welt. Hier machte die Sowjetunion nicht davor Halt, Öl als politisches Instrument, mitunter sogar als Druckmittel, einzusetzen, wenn dies der Kremlführung opportun schien.

Öl konnte dann ein politisch durchaus wirksames Mittel darstellen, wenn die Abhängigkeit besonders groß war. Finnland etwa bezog in den 1950er Jahren zwischen 80 und 90 Prozent seines Erdölbedarfs aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten Osteuropas.³⁴ Im Sinne gutnachbarschaftlicher Beziehungen war Finnland, das eine lange Grenze und eine gemeinsame blutige Vergangenheit mit der Sowjetunion teilte, an guten Handelsbeziehungen interessiert. Dafür war die finnische Regierung sogar bereit, auf wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen zu verzichten. Als die Sowjet-

³² Margarita M. Balmaceda: Der Weg in die Abhängigkeit: Ostmitteleuropa am Energietropf der UdSSR, in: Europa unter Spannung. Energiepolitik zwischen Ost und West. Berlin 2004 [= OSTEUROPA, 9–10/2004], S. 162–179. – John P. Hardt: Soviet Energy Policy in Eastern Europe, in: Sarah M. Terry (Hg.): Soviet Policy in Eastern Europe: An Overview. New Haven, CT 1984, S. 189–220. – William M. Reisinger: Energy and the Soviet Bloc: Alliance Politics after Stalin. Ithaca 1992.

³³ Jennifer I. Considine, William A. Kerr: The Russian Oil Economy. Cheltenham 2002, S. 64.

³⁴ Niklas Jensen-Eriksen: The First Wave of the Soviet Oil Offensive: The Anglo-American Alliance and the Flow of „Red Oil“ to Finland during the 1950s, in: Business History, 3/2007, S. 348–366, hier S. 354.

union 1958 ihre Ölexporte drosselte, weil sie nicht glücklich über die Zusammensetzung der neuen finnischen Regierung war, entschied die Regierung in Helsinki, zurückzutreten und sich neu zu bilden. Anstatt in dieser Situation das Angebot der USA auf Wirtschaftshilfe anzunehmen und westlichen Energieunternehmen wie etwa *Shell* die Lieferung von mehr Öl nach Finnland zu erlauben, zog es Finnland vor, sowjetischen Interessen entgegenzukommen, um so bessere Beziehungen mit dem großen Nachbarn im Osten zu erreichen.³⁵

Auch in anderen Weltgegenden spielten Öl und Politik zusammen. So verhängte die Sowjetunion nach dem Ausschluss der Kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Kominform 1948 eine Wirtschaftsblockade gegen das Balkanland und nahm die Erdöllieferungen erst mit der Annäherung zwischen Chrusčev und Tito ab 1954 wieder auf. Infolge der Suez-Krise stoppte Moskau 1956 die Erdöllieferung an Israel. Und als sich in den frühen 1960er Jahren die sowjetisch-chinesischen Beziehungen verhärteten, stellte die Sowjetunion ihre Erdölexporte auch nach China ein. Gerade in der Dritten Welt, wo die Sowjetunion und die USA den Ost-West-Konflikt in Form von Stellvertreterkonflikten austrugen, waren Exporte ein Mittel im Systemwettbewerb. So belieferte die Sowjetunion in den 1950er und 1960er Jahren ausgewählte Länder der Dritten Welt in Lateinamerika, Afrika und Asien mit Erdöl und anderen Gütern zu günstigen Konditionen und versuchte, dies propagandistisch als Beitrag zu deren „Befreiung“ von den westlichen „Kolonialmächten“ auszuschlachten.



„Erdölmänner, mehr Öl für die Heimat! Erfüllen wir den Fünfjahresplan in vier Jahren!“

³⁵ Ebd., S. 358–359.

Gleichzeitig war die Sowjetunion für viele Länder ein nicht unattraktiver Handelspartner, weil sie – anders als die internationalen Ölgesellschaften – bereit war, sich auf Tauschgeschäfte einzulassen: Die sowjetischen Partner tauschten in den 1950er Jahren Öl für ägyptische Baumwolle, kubanischen Zucker, uruguayische Wolle und israelische Zitrusfrüchte. Aber auch mit dem damals wichtigsten europäischen Partner, Finnland, erfolgte der Handel überwiegend durch Gütertausch: Die Finnen lieferten Technik, Schiffe und sonstige Fertigprodukte und bezogen aus der Sowjetunion Erdöl und andere Rohstoffe.³⁶

Die sowjetische „Erdöloffensive“ und die Reaktion des Westens

Die Sowjetunion startete ihre eigentliche „Erdöloffensive“ in Richtung Westeuropa Mitte der 1950er Jahre, als die für Exporte von Erdöl und Erdölprodukten zuständige Organisation *Sojuznefteeksport* damit begann, den europäischen Markt mit immer größeren Mengen billigen Erdöls zu überschwemmen. Bis 1960 förderte die Sowjetunion mehr Öl als Venezuela und rückte weltweit an die zweite Stelle nach den USA.³⁷ Auch der Export stieg dramatisch an: Hatte die Sowjetunion 1955 noch 3,7 Millionen Tonnen Öl ins Ausland gelieferte, so waren es 1968 85,8 Millionen Tonnen. Davon floss rund die Hälfte nach Westeuropa.³⁸

Doch noch immer waren die Mengen zu bescheiden, als dass diese für Europa energiepolitische Relevanz gehabt hätten, und waren die Renditen, welche die Sowjetunion aus dem Verkauf von Erdöl in den Westen erzielte, noch zu gering, um von Dependenz oder gar Interdependenz in den sowjetisch-westeuropäischen Energiebeziehungen zu sprechen. Sogar im Fall von Italien, das gemessen am absoluten Volumen zum weltweit größten Einkäufer sowjetischen Erdöls aufstieg, machte der Anteil sowjetischen Öls 1959 gerade einmal 16 Prozent des gesamten Erdölverbrauchs des Landes aus.³⁹ Die Abhängigkeit von sowjetischem Erdöl schien insofern wenig bedenklich, als zu dieser Zeit ein globales Überangebot an Öl bestand und die europäischen Konsumenten im Fall von Schwierigkeiten mit dem sowjetischen Handelspartner schnell auf andere Anbieter hätten ausweichen können.

Dennoch war es in den späten 1950er Jahren, dass die Energiefrage in den Ost-West-Beziehungen zum Politikum wurde. Als die britische Regierung 1959 ein formelles Embargo auf die Einfuhr sowjetischen Erdöls nach Großbritannien erließ, rechtfertigte sie diesen Schritt damit, dass die Sowjets Öl als Mittel einsetzen würden, um sich politische Vorteile auf den internationalen Märkten zu verschaffen.⁴⁰ Tatsächlich zeigen britische Berichte aus jener Zeit, dass dies nicht das hauptsächliche Motiv war.

³⁶ Niklas Jensen-Eriksen: *The Cold War in Energy Markets: British Efforts to Contain Soviet Oil Exports to Non-communist Countries, 1950–1965*, in: Alain Beltran (Hg.): *Le pétrole et la guerre: Oil and War*. Bern 2012, S. 191–207, hier S. 201.

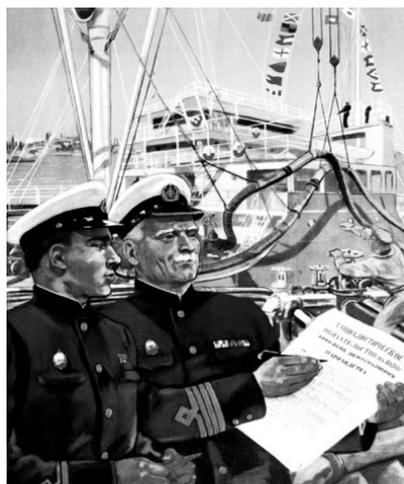
³⁷ Ebd., S. 196–197.

³⁸ Robert E. Ebel: *Communist Trade in Oil and Gas: An Evaluation of the Future Export Capabilities of the Soviet Bloc*. Westport 1970, S. 39.

³⁹ Pier Angelo Toninelli: *Energy Supply and Economic Development in Italy: The Role of State Owned Companies*, in: Alain Beltran (Hg.): *A Comparative History of National Oil Companies*. Bern 2010, S. 125.

⁴⁰ Jensen-Eriksen, *The Cold War in Energy Markets* [Fn. 36], S. 198.

In erster Linie ging es der Regierung darum, die ökonomischen Interessen der einheimischen Energieunternehmen zu schützen und sich auf dem britischen Markt einen unliebsamen Konkurrenten auf Distanz zu halten, zumal dieser seine Produkte zu weit günstigeren Preisen anbot als die westlichen Firmen.⁴¹ Weil sich die Briten zu diesem Zeitpunkt ohnehin aus anderen Quellen mit Öl versorgten (zu den Hauptlieferanten Großbritanniens zählten in den 1960er Jahren Saudi Arabien, Iran, Kuwait und Libyen), war London auch nicht abgeneigt, 1961 eine geheime Empfehlung des NATO-Rats zu unterstützen, der seinen Mitgliedern vor dem Hintergrund möglicher politischer Implikationen nahe legte, „in eigener Verantwortung Vorsicht und Zurückhaltung“ bei der „Festlegung der Höhe der Ölimporte aus dem Sowjetblock“ walten zu lassen.⁴²



**БОЛЬШЕ ПЕРЕВЕЗЕМ НЕФТИ
ДЛЯ НУЖД ЛЮБИМОЙ РОДИНЫ!**

„Transportieren wir mehr Öl für die
Bedürfnisse des geliebten Vaterlandes!“

Dieselbe britische Regierung war jedoch wenig erfreut darüber, dass die USA infolge der Krisen um Berlin und Kuba 1961/62 ihr Sanktionsregime gegenüber der Sowjetunion verschärften. Auch hierfür waren wiederum wirtschaftliche Interessen verantwortlich. Denn Washington setzte im NATO-Rat im November 1962 eine geheime Resolution durch, die darauf zielte, selbst bereits vereinbarte Lieferungen von Großrohren an die Sowjetunion zu verhindern.⁴³ Damit sollten Projekte wie die damals im Bau befindliche Ölpipeline *Družba* (Freundschaft) torpediert werden, die sowjetisches Öl über die Ukraine und Belarus nach Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und die DDR – und damit bis an die unmittelbaren Grenzen Westeuropas – transportieren sollte. Weil die Bestimmungen des Beschlusses relativ vage gehalten waren, weigerte sich neben Großbritannien auch Italien, bestehende Handelsverträge mit der Sowjetunion zu annullieren. Ohnehin stellte sich bald heraus, dass der Boykott keinen strategischen Nutzen hatte. Die Erdölleitung ließ sich 1964 ohne größere Verzögerung fertigstellen, nicht nur, weil die Sowjetunion die Produktion von Großrohren nun selbst ankurbelte, sondern auch weil Unternehmen aus Nicht-NATO-Staaten wie Schweden und Japan zum Teil in die Bresche sprangen. Die großen Verlierer waren die westdeutschen Stahlkonzerne, denen durch den Boykott riesige Aufträge im Röhrengeschäft mit der Sowjetunion verloren gingen.⁴⁴

⁴¹ Dies geht aus Diskussionen über den Sinn des Embargos hervor, die ab Mitte der 1960er Jahre geführt wurden: A.L.P. Burdett (Hg.): *Oil Resources in Eastern Europe and the Caucasus: British Documents 1885–1978*, Vol. 8: 1967–1978. Cambridge 2012 (v.a. Teil 1.2.).

⁴² Zitiert aus: ebd., S. 283.

⁴³ Wörmann, *Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz* [Fn. 7], S. 31.

⁴⁴ Christian Th. Müller: *Der Erdgas-Röhren-Konflikt 1981/82*, in: Bernd Greiner u.a. (Hg.): *Ökonomie im Kalten Krieg*. Hamburg 2010, S. 501–520, hier S. 505.

Die Fertigstellung der *Družba*-Pipeline hatte auch Auswirkungen auf die Energiebeziehungen zu einzelnen Ländern Westeuropas, da sich sowjetisches Rohöl nun schneller, billiger und in größeren Mengen nach Westen transportieren ließ. Obwohl etwa die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1965 und 1967 ihre Ölimporte aus der Sowjetunion von 3,1 auf 5,6 Millionen Tonnen pro Jahr fast verdoppelte,⁴⁵ machte der Anteil sowjetischen Öls am Gesamterdölverbrauch noch immer weniger als zehn Prozent aus; auch im Fall Italiens, des nach wie vor größten europäischen Abnehmers sowjetischen Erdöls, stieg dieser Anteil nicht über 20 Prozent.⁴⁶

Als die NATO im November 1966 schließlich das Röhrenembargo formell wieder aufhob, drehte sich die Diskussion im Westen nicht mehr so sehr um die möglichen Gefahren, die vom „roten Öl“ für Westeuropa ausgehen könnten. Vielmehr mehrten sich bereits zu diesem Zeitpunkt die Stimmen, die davor warnten, dass die Sowjetunion aufgrund rückläufiger Wachstumsraten, steigender einheimischer Nachfrage und ihrer bestehenden Lieferverpflichtungen gegenüber den osteuropäischen Satellitenstaaten bereits in naher Zukunft selbst knapp an Öl sein könnte. Viele bezweifelten denn auch, dass die Sowjetunion in den kommenden Jahren in der Lage sein würde, ihre Exporte in den Westen auf hohem Niveau zu halten, geschweige denn signifikant zu steigern.⁴⁷

Wie es zu diesem Zeitpunkt um die sowjetische Energiewirtschaft tatsächlich stand, ließ sich aufgrund fehlender oder getünchter statistischer Angaben nicht mit Bestimmtheit sagen. Und so übte sich der Westen in Beobachtungen und stellte Vermutungen an. Bereits die Tatsache, dass sich der Vorsteher von GOSPLAN, Nikolaj Bajbakov, im April 1967 im Iran aufhielt, um über die Einfuhr iranischen Erdöls und Erdgases im Gegenzug für sowjetische Wirtschaftshilfe und Technologie zu verhandeln, interpretierte das britische Außenministerium als Anzeichen dafür, dass die Sowjetunion sich auf eine kommende Ölknappheit im eigenen Land vorzubereiten begann.⁴⁸ Überhaupt war in London, noch mehr aber in Washington, die Vorstellung verbreitet, die Sowjetunion könnte versucht sein, sich stärker in den ölreichen Staaten des Nahen Ostens zu engagieren, um ihre energiewirtschaftlichen Probleme zu lösen. So ist in amerikanischen Geheimdienstberichten aus dieser Zeit wiederholt zu lesen, dass die Sowjetunion im Fall eines erneuten Ausbruchs des arabisch-israelischen Konflikts, wie ihn die Region zuletzt im Juni 1967 erlebt hatte, versucht sein könnte, den Arabern Hilfe zu leisten, um im Gegenzug größeren Einfluss auf den arabischen Ölsektor zu erhalten.⁴⁹

Überhaupt hatten die Amerikaner und Briten, die ohnehin kein sowjetisches Öl importierten, einen anderen Blick auf die globale Energiesituation als etwa die Deutschen, Italiener oder Franzosen. London und Washington sahen die Hauptgefahr für

⁴⁵ Burdett, *Oil Resources* [Fn. 41], S. 116.

⁴⁶ 1966 betrug dieser Anteil für Westdeutschland 7,5 Prozent, für Italien 19 Prozent; ebd., S. 59.

⁴⁷ Dies geht aus entsprechenden geheimen amerikanischen und britischen Positionspapieren hervor; ebd., S. 113. – *Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 1969–1974, Vol. XXXVI. Washington 2011, S. 142–145.

⁴⁸ Burdett, *Oil Resources* [Fn. 41], S. 80.

⁴⁹ CIA Memorandum, 28. August 1969, in: *FRUS* [Fn. 47], S. 26. Die Annahme, dass die Sowjetunion versucht sein könnte, ihre Vormachtstellung im Nahen Osten auszubauen, um Öl zu importieren, fand auch in westlichen Publikationen ihren Niederschlag; z.B.: Robert Hunter: *The Soviet Dilemma in the Middle East*, Vol. 2: *Oil and the Persian Gulf*. London 1969, S. 5.

die westliche Energieversorgungssicherheit vor allem darin, dass ihre global operierenden Energieunternehmen aufgrund von Verstaatlichungstendenzen in den erdölfördernden Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens den direkten Zugriff auf die Erdölquellen zunehmend einbüßen könnten. Kontrollierten die sogenannten „sieben Schwestern“⁵⁰ 1952 noch rund 90 Prozent des gesamten globalen Erdölhandels, so sank dieser Anteil bis 1968 auf 75 Prozent.⁵¹ Nach der Energiekrise von 1973/74 ging er noch einmal stark zurück.

In der Vorstellung der Amerikaner und Briten erschien die Sowjetunion denn auch nicht als Energiemacht im eigentlichen Sinne, sondern als Widersacherin und potentieller Störfaktor ihrer globalen Erdölinteressen. Der Umstand, dass die Sowjetunion bereits in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begonnen hatte, neue Erdöl- und Erdgasvorkommen in Westsibirien und Zentralasien zu erschließen, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Aufgrund der riesigen Distanzen und harschen klimatischen Bedingungen gingen westliche Beobachter damals nicht davon aus, dass die Sowjetunion den prognostizierten Rückgang ihrer Erdölförderung in der Wolga-Ural-Region auf absehbare Zeit durch Gas und Öl aus anderen Landesteilen würde kompensieren können. Naheliegender erschien ihnen, dass Moskau versuchen werde, seinen Einfluss im Nahen Osten auszubauen.⁵² Diese Vorstellung sollte sich bis weit in die 1970er Jahre hinein halten. Nicht nur westliche Beobachter waren dafür blind, dass gerade Sibirien kaum zehn Jahre später den entscheidenden Unterschied ausmachen würde. Angesichts des großen Investitionsbedarfs und der unsicheren Perspektiven war auch die sowjetische Führung in sich uneinig, welche Rolle die sibirischen Rohstoffe künftig für den sowjetischen Energiemix und den Export spielen würde.

„Rotes Gas“, Détente und verpasste Chancen

Als der amerikanische Botschafter in den Niederlanden, John William Middendorf, den deutschen Verteidigungsminister Helmut Schmidt anlässlich eines Treffens der NATO in Den Haag im Oktober 1970 auf die Möglichkeit einer weltweiten Energiekrise und die potentiellen negativen Auswirkungen auf Europa ansprach, zeigte sich der deutsche Verteidigungsminister überrascht. Schmidt gab an, sich der Möglichkeit einer solchen Gefahr bisher nicht bewusst gewesen zu sein.⁵³ Die Tatsache, dass Europa zu diesem Zeitpunkt rund 80 Prozent seines Öls aus dem Nahen Osten und Nordafrika und weitere sieben Prozent aus dem Ostblock und damit aus „unsicheren Zonen“ (uncertain areas) bezog, wie dies der US-Botschafter betonte, schien Schmidt offenbar nicht sonderlich gestört zu haben. Auch Manlio Brosio, der aus Italien stammende Generalsekretär der NATO, war von den Argumenten des amerikanischen

⁵⁰ Gemeint waren damals die amerikanischen, britischen oder britisch-niederländischen Unternehmen Standard Oil of New Jersey, Royal Dutch Shell, Gulf, Texaco, Standard Oil of California, Mobil und British Petroleum.

⁵¹ CIA Memorandum, 28. August 1969, in: FRUS [Fn. 47], S. 26.

⁵² National Intelligence Estimate, 14. November 1970, in: ebd., S. 142–146.

⁵³ Telegramm der US-Botschaft in den Niederlanden an das US-Außenministerium, 20. Oktober 1970, in: FRUS [Fn. 47], S. 134.

Botschafters wenig überzeugt und fragte, ob dies wirklich ein Problem Europas oder doch eher eines der Amerikaner und der internationalen Ölfirmen sei.⁵⁴

Genau drei Jahre später, im Gefolge der globalen Energiekrise von 1973/74, sollte sich Middendorfs Warnung an die Europäer bestätigen, was die Abhängigkeit vom arabischen Öl anging. Als Protest gegen die Unterstützung Israels im Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 entschied die Organisation arabischer erdölexportierender Staaten (OAPEC), ihre Fördermengen zu drosseln und die Lieferung an die USA, Japan und einzelne andere westliche Staaten einzustellen. Dieses Embargo, das erst im März 1974 aufgehoben wurde, führte zu einer massiven Erhöhung der Preise und zu Versorgungsengpässen in zahlreichen europäischen Ländern.

Nicht bestätigen sollte sich jedoch Middendorfs Befürchtung, dass auch die Sowjetunion mit Blick auf die europäische Energiesicherheit eine Problemzone darstellen würde. Im Gegenteil: Die sowjetisch-westeuropäischen Energiebeziehungen waren seither nicht nur enger, sondern nach der Krise von 1973/74 suchte Moskau die globale Ölknappheit als Chance zu einer energiewirtschaftlichen Annäherung an die Amerikaner zu nutzen.

Als Middendorf seine Warnung an die Europäer aussprach, hatten diese bereits ein neues Kapitel in den Energiebeziehungen mit der Sowjetunion begonnen. Nun strebten sie neben dem Ölimport stärker die Einfuhr von Erdgas an. Als erstes europäisches Land importierte Österreich bereits 1968 sowjetisches Gas. Ein Jahr später nahmen Italien und Westdeutschland Verhandlungen über sowjetische Gasimporte auf. In der Bundesrepublik setzte die Regierung im Rahmen der Neuen Ostpolitik auf „Wandel durch Handel“: Der Ausbau der Handelsbeziehungen sollte nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch bessere politischen Beziehungen bringen.⁵⁵

Einen Meilenstein stellte der gigantische deutsch-sowjetische Tauschhandel im Februar 1970 dar. Die Bundesrepublik verpflichtete sich zur Lieferung von 2000 Kilometer Rohrleitungen an die Sowjetunion und erhielt dafür sowjetisches Erdgas. Damit sollte sowjetisches Gas aus bereits erschlossenen Feldern Westsibiriens in den europäischen Teil des Landes und weiter durch die Tschechoslowakei bis an die westdeutsche Grenze in Bayern transportiert werden. Von dort sollte es nicht nur in Deutschland verteilt werden, sondern auch weiter nach Frankreich und Richtung Wien und Mailand strömen. Dieses Geschäft, das mit einem Kredit eines deutschen Bankenkonsortiums sichergestellt wurde, sollte das deutsche Großrohrwerk Mündelheim der Mannesmann Röhren-Werke GmbH für zweieinhalb Jahre voll auslasten. Damit sollte auch – in den damaligen Worten des *Spiegel* – die „Schlappe“ wieder wettgemacht werden, welche die deutsche Stahlindustrie nach dem von den USA erzwungenen Embargo Anfang der 1960er Jahre hatte einstecken müssen.⁵⁶

Dabei waren die geographischen Möglichkeiten der sowjetischen Exporte Anfang der 1970er Jahre zunächst keineswegs auf Europa beschränkt. Denn bereits 1971, im Zuge der unter US-Präsident Nixon initiierten Politik der *Détente*, die als wichtiges Element der Annäherung ebenfalls den Ausbau der Handelsbeziehungen anstrebte, änderten sich auch die Rahmenbedingungen der sowjetisch-amerikanischen Bezie-

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Werner D. Lippert: *The Economic Diplomacy of Ostpolitik: Origins of NATO's Energy Dilemma*. New York, Oxford 2011.

⁵⁶ Röhren-Kredit: Salto am Trapez, in: *Der Spiegel*, 7/1970, S. 34.

hungen. Dabei lag es zu diesem Zeitpunkt sogar durchaus im Bereich des Möglichen, dass die USA und allenfalls Japan die Liste der sowjetischen Gasempfänger ergänzt hätten. Besonders prominent figurierte in den sowjetisch-amerikanischen Handelsgesprächen zu diesem Zeitpunkt die Diskussion um das so genannte *North Star*-Projekt, das die Verlegung einer Pipeline vom gigantischen, aber noch zu erschließenden Gasfeld Urengoj im nördlichen Teil Westsibiriens vorsah, um dieses Gas über eine rund 2400 Kilometer lange Pipeline an den sowjetischen Hafen von Murmansk zu transportieren, dort zu verflüssigen und per Tanker in die USA zu verschiffen. Daneben bestand auch die Idee, Gas bei Jakutsk in Ostsibirien an den Pazifik zu transportieren und von dort in Flüssigform nach Japan und an die US-Westküste zu verschiffen.⁵⁷

Der Generalsekretär der KPdSU Leonid Brežnev zeigte sich anlässlich seines Besuchs in der Bundesrepublik im Mai 1973 gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern in der Frage der Energiebeziehungen jedenfalls geradezu euphorisch und versprach, seinen ganzen persönlichen Einfluss geltend zu machen, um zu erreichen, dass die Sowjetunion der großen Erdgasnachfrage, nicht nur der sozialistischen Länder, sondern auch Deutschlands, Österreichs, Frankreichs, vor allem aber der USA nachkommen könne. Von einer solchen Partnerschaft, so gab sich der sowjetische Parteiführer überzeugt, würde nicht nur die Wirtschaft profitieren, sondern sie sei auch wichtig, damit „die Menschen sähen, dass sich die Sowjetunion nicht [von der Außenwelt] abschließe“.⁵⁸

Dass Brežnev versicherte, er wolle sich persönlich für diese Vorhaben stark machen, deutete auf die schwierigen Umstände der Erschließung Westsibiriens hin. Die sowjetische Führung hatte eine Erkundung und Erschließung Westsibiriens zu Beginn der 1960er Jahren angeordnet, nachdem in dieser Region ab den späten 1950er Jahren immer größere Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt worden waren. Tatsächlich wurden dann im Laufe der 1960er Jahre immer weitere Vorkommen entdeckt. Die Entwicklung vollzog sich jedoch nur langsam, denn das Vorhaben erwies sich als weit komplexer und um ein Vielfaches kostspieliger als alle bisherigen energiewirtschaftlichen Projekte der Sowjetunion. Dazu kam, dass unter sowjetischen Planern die Vorstellung verbreitet war, eine nachhaltige Entwicklung Sibiriens müsse umfassend und über die reine Förderung von Rohstoffen hinausgehend erfolgen. Dazu zählte der Aufbau einer umfangreichen Infrastruktur aus Dutzenden neuen Städten für die Arbeiter und ihre Familien, einer petrochemischen Industrie, um Teile der geförderten Rohstoffe vor Ort zu verarbeiten oder für die Industrien überhaupt nutzbar zu machen. Eine besondere technische Herausforderung stellte schließlich der Transport der Rohstoffe unter arktischen Bedingungen und über Tausende von Kilometern durch die Sümpfe der Tundra und Taiga dar.

Es war klar, dass dieses Riesenvorhaben nicht nur aufgrund der hohen Kosten, sondern auch wegen der vielen Risiken und Unwägbarkeiten zunächst auf heftigen internen

⁵⁷ Eine kurze Skizze dieser Projekte findet sich in einem Bericht, die der US-Sonderberater für Energie, DiBona, für Henry Kissinger am 19. März 1973 erstellt hatte: Memorandum From the President's Special Consultant for Energy (DiBona) to the President's Assistant for National Security Affairs (Kissinger). Washington, March 19, 1973, in: FRUS [Fn. 47], S. 441–443.

⁵⁸ Zit. aus der Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Brandt und Brežnev vom 20. Mai 1973, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Band II: 1. Mai bis 30. September 1973. München 2004, S. 758–765, hier S. 761.

Widerstand stoßen würde. So brachte etwa GOSPLAN-Leiter Bajbakov Mitte der 1960er Jahre starke Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Erschließung Sibiriens an und äußerte sich auch skeptisch zu Ideen, die den Bau von riesigen Exportpipelines für den Transport von Gas vorsahen.⁵⁹ Daneben bestanden andere Gruppierungen, die sich deshalb gegen die Erschließung der sibirischen Rohstoffe und den Bau von Pipelines aussprachen, weil sie einen Rückgang von Investitionen in andere Regionen und Sektoren befürchteten. Wieder andere opponierten gegen eine energiewirtschaftliche Anbindung an den Westen, weil sie darin eine Stärkung des ideologischen Feindes erkannten und vor einer zu großen Abhängigkeiten von westlichen Deviseneinnahmen warnten.

Vor diesem Hintergrund stellte das Angebot des Westens, die Transportfrage zu lösen, indem Röhren geliefert und – im Fall des *North Star*-Projekts – sogar die Verflüssigungsanlage gebaut und die Tankschiffe zur Verfügung gestellt würden, für Brežnev nicht nur ein außenhandelspolitisches, sondern auch ein innenpolitisches Argument im Gerangel um die Erschließung Westsibiriens dar.

Die Krise von 1973/74 hatte für die sowjetisch-westeuropäischen Energiebeziehungen katalytische Wirkung, denn die allseits empfundene Ölknappheit führte dazu, dass die Nachfrage nach Gas nun boomte. Gas galt fortan als geeigneter Ersatz für das Erdöl, aber auch für die noch immer verbreitete Kohle. Die Sowjetunion förderte zu wenig Öl, als dass sie kurzfristig hätte in die Versorgungslücke springen können, die durch den Boykott der OAPEC entstanden war.

Doch im riesigen Rohstoffpotential der Sowjetunion erkannten die Europäer nicht nur eine Möglichkeit, die Abhängigkeit vom Öl der Araber langfristig zu reduzieren, sondern der östliche Nachbar stellte aufgrund seiner weltweit größten nachgewiesenen Gasvorkommen eine Alternative zum Öl schlechthin dar. Und so sollte nebst dem holländischen, algerischen, libyschen und (später) norwegischen Erdgas im Laufe der 1970er Jahre das sowjetische eine immer wichtigere Rolle im europäischen Energiemix spielen. Es war das Verhalten der Araber während der Krise von 1973/74, das die Sowjetunion in den Augen der Europäer mit Blick auf ihre Energieversorgungssicherheit endgültig als das kleinere Übel erscheinen ließ.

Anders stellte sich die Ausgangslage der USA dar. Weil die Amerikaner aufgrund eigener Förderung und Importmärkte nicht auf sowjetische Energieeinfuhren angewiesen waren, beurteilte Washington auch eine mögliche Energiekooperation mit der Sowjetunion anders als die Europäer. Handel sollte zwar auch im Verständnis von Nixon und Kissinger dazu dienen, die politischen Beziehungen zu verbessern, doch Geschäfte mussten darüber hinaus noch profitabel sein. Angesichts der massiven Investitionsvolumen, die nötig waren, das *North Star*-Projekt zu realisieren, war es deshalb nur verständlich, dass die Amerikaner weit weniger Enthusiasmus zeigten als die Sowjets. Denn diese waren bei der Erschließung Sibiriens auf westliche Technik und Kredite angewiesen und bemühten sich deshalb auch viel stärker als die Amerikaner um den Aufbau einer Energiepartnerschaft. Die Krise von 1973/74 versuchte Moskau nun zu nutzen, um das Vertrauen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu schaffen, das für die Realisierung eines so großen und langfristigen Projekts wie *North Star* nötig war.

⁵⁹ Per Högselius: *Red Gas: Russia and the Origins of European Energy Dependence*. Basingstoke 2013, S. 41.

In der aufgeheizten Atmosphäre der israelisch-arabischen Konfrontation war dies für den Kreml allerdings ein Balanceakt erster Güte: Um die Sympathien der arabischen Welt nicht zu verspielen, war Moskau vorsichtig genug, sich weiterhin als Beschützer der Araber darzustellen. So rechtfertigte *Radio Moskau* am 16. November 1973 den arabischen Boykott unumwunden als eine „notwendige Verteidigungsmaßnahme“, um den „Panzern und der Luftwaffe“, welche die USA an Israel geliefert habe, zu widerstehen.⁶⁰ Gegenüber den USA schlug Moskau jedoch gänzlich andere Töne an. In einer für Nordamerika bestimmten Radiosendung, die am gleichen Tag ausgestrahlt wurde, wandte sich der Kommentator mit den Worten an seine Zuhörer, dass „die Energiekrise überwunden“ werden könne, wenn die Länder stärker zusammenarbeiteten. Er plädierte dafür, bestehende „diskriminierende“ Regeln, die den Handel zwischen den USA und den sozialistischen Staaten nach wie vor hemmten, aus dem Weg zu räumen:

Wie können die USA erwarten, ihre wirtschaftlichen und energiepolitischen Probleme zu meistern, wenn sie Ländern, die reich an Ressourcen sind, keine gleichberechtigten Handelskonditionen gewähren?⁶¹

Was damit konkret gemeint war, machte *Radio Moskau* bereits am 4. November deutlich. In einem Rundfunkinterview äußerte Nikolaj Nekrasov, Mitglied der Akademie für Wissenschaften, der für die Entwicklung Sibiriens zuständig war, dass der Tag näher rücke, „da das kalte Sibirien New York erleuchten und wärmen“ würde, womit er unverblümt Werbung für das amerikanisch-sowjetische Gasprojekt machte.⁶²

Die sowjetische Charmeoffensive nützte im Fall der USA allerdings wenig. Der US-Administration erschienen die sibirischen Gasprojekte als zu wenig lukrativ. Im amerikanischen Kongress trafen sie zudem auf massiven Widerstand jener politischen Kreise, die sich unter Führung von Senator Henry M. Jackson von Beginn an gegen eine handelspolitische Öffnung der USA gegenüber der UdSSR ausgesprochen hatten. Schließlich führte die Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ab Mitte der 1970er Jahre dazu, dass die Hoffnungen auf eine Realisierung der Energieprojekte endgültig begraben wurden. Abgesehen von kleineren Mengen Erdöl, das die USA in den 1970er Jahren (zum Teil im Austausch für amerikanisches Getreide) importierten, sollte eine sowjetisch-amerikanische Energiepartnerschaft Utopie bleiben. Damit blieb aber auch das sibirische Potential vorläufig noch weitgehend ungenutzt.

Die Verzögerung der energiewirtschaftlichen Erschließung Sibiriens hatte insofern gravierende Folgen, als sich Mitte der 1970er Jahre die Anzeichen dafür zu verdichten schienen, dass die Sowjetunion auf eine Energiekrise zusteuerte. Mindestens die CIA hatte daran keine Zweifel. Aufgrund des Umstands, dass die Förderraten in den alten Feldern der Wolga-Ural-Region stetig abnahmen, die Felder Westsibiriens aber erst teilweise erschlossen waren und die Förderung noch nicht im vollen Umfang lief, prophezeite der amerikanische Geheimdienst in zwei im April 1977 publik gewordenen Studien, dass die Sowjetunion schon Mitte der 1980er Jahre zu einem Netto-Importeur fossiler Energieträger werden würde.⁶³

⁶⁰ Zitiert aus: Burdett, Oil Resources [Fn. 41], S. 407.

⁶¹ Zitiert aus: Ebd.

⁶² Ebd., S. 408.

⁶³ „The International Energy Situation: Outlook to 1985“ sowie „Prospects for Soviet Oil Production“.

Dass der sowjetische Energiesektor seit Mitte der 1970er Jahre mit großen Problemen zu kämpfen hatte, das konnten die Bürger der Sowjetunion in den eigenen Zeitungen nachlesen.⁶⁴ Viele erfuhren die Krise jedoch auch am eigenen Leib. Weil die sowjetische Führung darauf bedacht war, als vertrauenswürdiger Handelspartner zu erscheinen und deshalb seinen westeuropäischen Kunden die vertraglich zugesicherten Mengen an Gas auch in harschen Wintern unbedingt zukommen lassen wollte, war sie auch bereit, Gas zu liefern, das eigentlich nicht vorhanden war. Wiederholt wurde in diesem Fall einfach für die sowjetischen Binnenkonsumenten in der Ukraine die Gaszufuhr gedrosselt oder wurden die Lieferungen sogar ganz eingestellt, um dafür die Europäer, die von der Misere in ihrer östlichen Nachbarn nichts wussten, in ihren Wohnungen warm zu halten.⁶⁵

Dies hieß allerdings nicht, dass es in der Geschichte der sowjetisch-westeuropäischen Gasbeziehungen nicht auch zu Störungen gekommen wäre. Diese waren aber nie die Folge von bewusst herbeigeführten Lieferstopps, sondern resultierten aus technischen Mängeln im sowjetischen oder osteuropäischen Pipelinesystem. Sie waren aber auch eine Folge der besonderen Abhängigkeit einer auf Pipelines basierenden Energieversorgung. Anders als beim Erdöl, das in Fässern abgefüllt im Prinzip an jeden beliebigen Punkt der Welt verschifft werden kann, schaffen Gaspipelines regionale Märkte, in denen Produzenten und Konsumenten weit stärker aneinander gebunden sind. Unterbrechungen können mindestens lokal immer dann zu Versorgungsengpässen führen, wenn der Ausfall nicht über alternative Anschlussnetze kompensiert werden kann.

Der sowjetische Energiekomplex steckte Mitte der 1970er Jahre zwar in einer Krise. Dennoch sollte sich die Einschätzung der CIA als falsch erweisen. Denn gerade Ende 1977 forcierte die sowjetische Führung endlich ihre Kampagne zur Entwicklung des westsibirischen Gassektors.⁶⁶ 1978 begann bei Urengoj die Gasförderung. Fast gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für den Bau einer Exportpipeline zwischen diesem sibirischen Feld und Europa geschaffen. Dabei war es wiederum ein externes Ereignis, die Irankrise von 1979, die dem Projekt der sowjetisch-europäischen Energieverflechtung einen wichtigen Impuls verleihen sollte.

„Die größte Pipeline der Welt“

Als Brežnev Ende der 1970er Jahre seine Gaskampagne startete, war Westsibirien längst zur wichtigsten Rohstoffförderregion in der Sowjetunion aufgestiegen. Sowjetischen Statistiken zufolge soll die westsibirische Region Tjumen' bereits 1974 bei der Ölförderung landesweit die Führung übernommen haben, drei Jahre später stand die Region auch an der Spitze der Gasförderung.⁶⁷ Spätestens nach der Entdeckung solch gigantischer Gasfelder wie Urengoj und Medveže in der zweiten Hälfte der

⁶⁴ Kritische Artikel erschienen sogar in der Parteizeitung *Pravda*, 10.8.1977.

⁶⁵ Högselius, *Red Gas* [Fn. 59], S. 159–162.

⁶⁶ Entscheidend war mit Blick auf die Entwicklung der Gasindustrie Westsibiriens der Beschluss des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei im Dezember 1977; vgl. Rede Brežnevs am 4. Januar 1978 in Tjumen' vor Arbeitern der Erdöl- und Erdgasindustrie: L.I. Brežnev: *Leninskim kursom*, tom 7. Moskva 1979, S. 201–202.

⁶⁷ G.Ju. Koleva: *Strategija razvitija zapadno-sibirskogo neftegazogo kompleksa. 1960–1980-e gg.*, in: *Vestnik tomского gosudarstvennogo universiteta*. Tomsk 2007, S. 95–102, hier S. 97–98.

1960er Jahren stellte sich nicht mehr die Frage, ob die Region genügend fossile Energieträger besitze, sondern ob genügend Investitionen vorhanden seien, um diese Felder in einem vernünftigen Zeitraum zu erschließen.

Wohlgemerkt: Gas sollte zwar durchaus auch für den Export nach Westeuropa gefördert werden, doch Priorität hatte die Versorgung des Binnenmarktes. Zudem sollte die „Gasifizierung“ des Landes gewährleisten, dass genügend Öl für den lukrativen Verkauf ins Ausland übrig blieb. Hatte die Sowjetunion Anfang der 1970er Jahre erst rund 20 Prozent ihrer Deviseneinnahmen aus dem Ölexport erzielt, so stieg dieser Anteil aufgrund höherer Weltmarktpreise und eines wachsenden Exportvolumens bis Mitte der 1970er Jahre auf rund 50 Prozent an.⁶⁸ Die Renditen aus dem Energieexport waren für die Sowjetunion gerade in den 1970er Jahren (aber auch danach) unter anderem deshalb unverzichtbar, weil sie damit die enormen Getreideimporte aus dem Ausland bezahlte. Doch weil die sibirischen Erdgasvorkommen derart ergiebig waren, ließ sich ein Teil durchaus auch fürs Ausland freimachen, vorausgesetzt der Westen war bereit, technische und finanzielle Hilfe zu leisten. Wiederum spielte die Bundesrepublik Deutschland die zentrale Rolle.

Die Bundesrepublik bezog erstmals 1973 sowjetisches Gas über eine Pipeline durch die Tschechoslowakei. Ein Jahr später bezog Italien zum ersten Mal über eine Pipeline durch Österreich Gas aus der Sowjetunion. Frankreich importierte 1976 Gas aus der UdSSR.⁶⁹ Im Laufe der 1970er Jahre stiegen damit im Wesentlichen genau jene Staaten zu den wichtigsten Empfängern sowjetischen Gases auf, die schon zuvor die bedeutendsten Abnehmer sowjetischen Öls gewesen waren.

Der kontinuierliche Ausbau der Importe führte dazu, dass sowjetisches Gas im Jahr 1978 bereits einen Anteil von 10,7 Prozent an Frankreichs Erdgasverbrauch hatte. In Westdeutschland betrug der Anteil zu diesem Zeitpunkt immerhin 15,9 Prozent, in Italien sogar 29,5 Prozent.⁷⁰ Von einer europäischen Abhängigkeit von sowjetischem Erdgas ließ sich noch nicht sprechen, zumal Gas im jeweiligen nationalen Energiemix noch immer einen sehr bescheidenen Anteil hatte.⁷¹ Dies sollte sich erst ändern, als das Gas über eine große, nur für den Export nach Europa bestimmte Pipeline floss.

Die Idee, eine solche Gasverbindung zwischen Sibirien und Europa zu schaffen, wurde in deutsch-sowjetischen Handelsgesprächen seit 1977 diskutiert.⁷² Noch im Frühjahr 1978 hatten die Diskussionen „nicht den Stand erreicht“, um auf politischer Ebene bereits konkrete Verhandlungen zu führen.⁷³ Denn zu diesem Zeitpunkt favorisierten die Bundesrepublik und die UdSSR die Idee eines Dreiecksgeschäfts mit dem Iran, das seit Frühjahr 1973 im Gespräch war. Demnach sollte der Iran über eine Pipeline Gas im Umfang von rund zehn Milliarden Kubikmeter in die Sowjetunion liefern

⁶⁸ Considine, Kerr, *The Russian Oil Economy* [Fn. 25], S. 138.

⁶⁹ Boyce I. Greer, Jeremy L. Russell: *European Reliance on Soviet Gas Exports: The Yamburg-Urengoi Natural Gas Project*, in: *The Energy Journal*, 3/1982, S. 15–37, hier S. 24–25. Tatsächlich erhielt Frankreich bis in die 1980er Jahre kein sowjetisches Gas, sondern tauschte es mit Italien gegen niederländisches Gas; Högselius, *Red Gas* [Fn. 59], S. 132.

⁷⁰ Greer, Russell, *European Reliance* [Fn. 69], S. 25.

⁷¹ Ebd.

⁷² Horst Möller (Hg.): *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981*, Band I: 1. Januar bis 30. April 1981. München 2012, S. 74, hier Anm. 10.

⁷³ *Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch*, 6. Mai 1978, in: Horst Möller (Hg.): *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1978*, Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1978. München 2009, S. 689, einschließlich Anm. 16.

und die Sowjetunion dasselbe Volumen aus eigener Förderung für Westeuropa freimachen. Die Bundesrepublik sollte in diesem Geschäft als Drehscheibe für den weiteren Verkauf des Gases in andere westeuropäische Länder dienen.⁷⁴

Die sowjetisch-iranische Gaspipeline stand kurz vor der Fertigstellung, als der Schah Anfang 1979 gestürzt und der Iran zur islamischen Republik erklärt wurde. Was zunächst ein Schock für die Europäer und die Sowjets war, erwies sich schnell als Chance. Denn nun rückte die Idee einer direkten Pipelineverbindung zwischen Sibirien und Westeuropa in den Vordergrund – eine Idee, die im Grunde genommen die Fortführung und Weiterentwicklung jenes Projekts darstellte, das Anfang der 1970er Jahre mit den Amerikanern diskutiert wurde. Als sich die Führungsspitzen der BRD und der UdSSR Ende Juni/Anfang Juli 1980 zu Gesprächen in Moskau trafen, nutzte sowohl Brežnev als auch Premierminister Aleksej Kosygin die Gelegenheit, um für ein solches Projekt zu werben:

[Brežnev:] [. . .] Die Wirklichkeit sieht so aus: Wir haben große Vorräte von Erdgas zur Verfügung, insbesondere in Westsibirien, und wir wären bereit, die Lieferungen in die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Länder zu erhöhen. Dazu müsste eine Gasleitung aus den nördlichen Gebieten von Tjumen zur westlichen Grenze der Sowjetunion gebaut werden. Bauen wir eine solche Leitung, so muss es sich um eine große Leitung handeln. Es sollen 40 Mrd. cbm Erdgas im Jahr hindurchfließen, und wir haben das Projekt in unsere Pläne für die kommenden Jahre aufgenommen. Wenn das Interesse besteht, wollen wir eine Zusammenarbeit bei der Realisierung vereinbaren.⁷⁵

[Kosygin:] [. . .] Die Erdgasleitung stellt uns vor große technische und geologische Probleme. Was die Vorräte an Erdgas angeht, so sind sie reichlich. Wir bauen keine Konjunktur-Pipeline. Sie soll 30 bis 35 Jahre in Betrieb sein. So lange reicht der Vorrat. Es wird die größte Pipeline der Welt.⁷⁶

Für die Sowjetunion war das „Erdgas-Röhren-Geschäft“, das mit westeuropäischen Krediten finanziert wurde und über dessen Details bis 1983 verhandelt wurde,⁷⁷ insofern von großem Vorteil, als Westeuropa im Gegenzug für das Erdgas die so dringend benötigten Stahlrohre und weitere technische Ausrüstung lieferte. Die Sowjetunion hatte schon früher ähnliche Projekte mit westlicher Beteiligung durchgeführt. So war etwa die 2750 Kilometer lange Gaspipeline *Sojuz* zwischen 1975 und 1978 in internationaler Kooperation errichtet worden. Diese Gasröhre, die von Orenburg im Südrussland nach Użgorod an der ukrainisch-slowakischen Grenze verlief (und von dort als *Transgas*-Pipeline durch Osteuropa nach Mittel- und Westeuropa weitergeführt wurde), war zum Teil ebenfalls durch westliche Kredite finanziert. Am Bau der einzelnen Trassenabschnitte beteiligten sich Arbeitskräfte der Erdgasimporteure Bulgariens, der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.⁷⁸

⁷⁴ Gespräch zwischen Bundeskanzler Brandt und dem sowjetischen Botschafter Falin, 23. März 1973, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973, Band I: 1. Januar bis 30. April 1973. München 2004, S. 418, inkl. Anm. 11.

⁷⁵ Deutsch-sowjetisches Regierungsgespräch in Moskau, 1. Juli 1980, in: Horst Möller (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980, Band II: 1. Juli bis 31. Dezember 1980. München 2011, S. 1045.

⁷⁶ Ebd., S. 1047.

⁷⁷ Wörmann, Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz [Fn. 7], S. 99–102.

⁷⁸ Ebd.

Hier bitte ganzseitig quer Abb.:
01_1680_Achimgaz.jpg

Bildunterschrift, bitte ebenfalls quer:

Auf dem westsibirischen Erdgasfeld Urengoj

Die sibirische „Wucht“

Aus sowjetischer Sicht war die sibirische Gaskampagne weit mehr als ein volkswirtschaftliches Projekt. Sie hatte auch eine wichtige innenpolitische und gesellschaftliche Funktion: Mit der Kampagne, die mit großem propagandistischem Aufwand betrieben wurde, sollte der Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Stagnation und der gravierenden sozialen Missstände die unverminderte Potenz und Dynamik des kommunistischen Projektes vor Augen geführt werden.⁷⁹ Sowjetische Plakate porträtierten die Erschließung Sibiriens als Verkörperung der sowjetischen „Wucht“ und des Aufbruchs.⁸⁰ Brežnev betrachtete die Kampagne auch als sein persönliches Prestigeprojekt. Er lobbyierte dafür nicht nur gegenüber seinen westeuropäischen Gesprächspartnern, sondern reiste auch mehrfach nach Sibirien, um für das Projekt zu werben. Wiederholt trat er vor Komsomolzen-Vereinigungen auf, um junge Arbeiter für die Kampagne zu begeistern, zumal der Mangel an willigen und tüchtigen Arbeitern eines der größten Probleme in der Erschließungskampagne Sibiriens darstellte.⁸¹ Anders als früher sah sich die Parteispitze bei diesem Vorhaben nicht nur mit der üblichen parteiinternen Opposition konfrontiert, die in diesem Fall vor allem aus den Reihen der Vertreter aus nichtsibirischen Regionen kam, die einen Rückgang der Investitionen in ihre Gebiete befürchteten. Auch sah sich die Parteileitung mit einer Kritik an der Energiepolitik konfrontiert, die im halböffentlichen Raum der Fachzeitschriften, aber auch in den Zeitungen geäußert wurde.

Daneben existierte erstmals in der späten Sowjetzeit auch eine verdeckte gesellschaftliche Kritik. In ihren belletristischen Werken brachten Autoren wie Sergej Zalygin, Viktor Astaf'ev oder Valentin Rasputin ökologische und gesellschaftspolitische Bedenken gegen die Erschließung Sibiriens zum Ausdruck. Sie verurteilten nicht nur die ungehemmte Verschleuderung natürlicher Ressourcen, sondern auch die Art der Erschließung Sibiriens, die ihrer Meinung nach keine nachhaltige war, sondern eine möglichst schnelle und entsprechend auch rücksichtslose zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. So skizziert etwa Rasputin in seinem Roman „Abschied von Matjora“ (russisch 1976; verfilmt 1980) ein apokalyptisches Szenario. Für den Bau eines großen Wasserkraftwerks sollen mehrere Dörfer, darunter Matjora, von einem Stausee überschwemmt werden. Dabei steht Matjora symbolisch für die Bedrohung einer jahrhundertealten Bauernkultur durch die Moderne.⁸²

⁷⁹ Thane Gustafson: *Crisis Amid Plenty: The Politics of Energy under Brezhnev and Gorbachev*. Princeton 1989, insbesondere S. 137–181. – Zu den sozialen Problemen der Erschließung Sibiriens: Jan Ake Dellenbrant: *Sibirien als Gegenstand der sowjetischen Regionalpolitik*, in: Gert Leptin (Hg.): *Sibirien: Ein russisches und sowjetisches Problem*. Berlin 1986, S. 75–88.

⁸⁰ „Die sibirische Wucht!“ (Sibirskij razmach!) lautet der Titel eines Propagandaplakats von B.A. Parmeev aus dem Jahr 1980; <www.plakaty.ru/posters?id=721>.

⁸¹ So widmete Brežnev einen großen Teil seiner Rede am 23. April 1978 auf der 18. Sitzung des *Komsomol'* der Erschließung Westsibiriens: L.I. Brežnev: *Leninskim kursom*, tom 7. Moskva 1979, insbesondere S. 287–288. Am 27. März 1979 bedankte er sich dafür, dass sich auf Anfrage der Partei eine Brigade von 15 000 „Freiwilligen“ aus den Reihen der Komsomolzen für die Arbeit in Sibirien bereit erklärt habe; ebd., S. 640–641.

⁸² Valentin Rasputin: *Abschied von Matjora*. München 1977; dazu auch: Geoffrey A. Hosking: *Sibirien und der Norden – sie sind unsere Hoffnung, sie stehen für uns ein*, in: Leptin, *Sibirien* [Fn. 79], S. 75–88.

Umso mehr war der Sowjetführung daran gelegen, die Gaskampagne und den Bau der Pipeline in positivem Licht zu porträtieren. Die Gasröhre zwischen Sibirien und Westeuropa wurde in eine Reihe mit anderen „Friedensprojekten“ gestellt, die internationale Freundschaft und Anhebung des Wohlstandes symbolisieren sollten. Zudem erhielt das Projekt dadurch politische Brisanz, dass die USA unter Präsident Reagan in Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und die Verhängung des Kriegszustands in Polen Ende 1981 ein Embargo auf die Lieferung von Stahlröhren an die Sowjetunion anordneten.⁸³ Anders als unter Kennedy trugen die Europäer, darunter nun auch die Bundesrepublik Deutschland, die Entscheidung der USA jedoch nicht mit. Immerhin versicherte Bundeskanzler Schmidt den Amerikanern im Vorfeld der Diskussionen um die westdeutsche Hilfe beim Pipelinebau, die Bonn würde „niemals mehr als eine 30-prozentige Abhängigkeit von sowjetischem Gas zulassen“, eine Grenze, die schon „vor einigen Jahren“ festgelegt worden sei.⁸⁴

Dagegen kam Moskau der transatlantische Zwist gerade gelegen. Die sowjetische Führung trieb den Pipelinebau nun erst recht voran und ließ keine Gelegenheit ungenutzt, jeden Erfolg möglichst propagandistisch auszuschlachten. Wer beim Bau der Ost-West-Pipeline half, der galt in der Gesellschaft nicht nur als Frontkämpfer der Arbeit und wurde nahezu gleichwertig wie die Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs gefeiert. Er kam auch schneller zu einer Wohnung, zu einem Kindergartenplatz oder gar zu einem Auto. Dafür unterwarfen sich die Arbeiter, wie eine Reportage des *Spiegel* anschaulich darstellte, einem für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlichen Leistungssystem: Arbeitsbrigaden, „die zu langsam oder zu schlecht arbeiten“, erhielten automatisch weniger Geld: „Wer versagt, rutscht eine Gehaltsstufe tiefer – ein Hauch von Kapitalismus in der Pipeline.“⁸⁵

Die USA hatten ihre Sanktionen bereits wieder aufgehoben, als die Pipeline unter dem Namen *Jamal* Ende 1983 feierlich eröffnet wurde. Diese war eine von insgesamt sechs neuen sibirischen Pipelinesträngen mit einer Totallänge von rund 20 000 Kilometern, die zwischen 1981 und 1985 eröffnet wurden.⁸⁶ Die Sowjetunion baute damit nicht nur ihre Vormachtstellung als zentraler Energielieferant Europas weiter aus, sondern Erdgas wurde nun endgültig zur wichtigsten Größe im innersowjetischen Energiemix und Westsibirien zum dominierenden Rohstoffzentrum der Sowjetunion. Durch die energiewirtschaftliche Verflechtung wuchsen die sowjetischen Energie-nettoexporte zwischen 1970 und 1988 um 270 Prozent.⁸⁷ Allein das Erdgas aus Uren- goj, das über die *Jamal*-Erdgasleitung transportiert wurde, trug zur Verdoppelung der nach Westeuropa exportierten Erdgasvolumen bei.⁸⁸

Mit 20 bis 30 Prozent Anteil des sowjetischen Öls und Gas am jeweiligen Gesamtverbrauch nahm die Abhängigkeit einzelner größerer europäischer Länder von der

⁸³ Wörmann, Osthandel [Fn. 7], insbesondere S. 129–170.

⁸⁴ Zitat aus dem Gespräch von Bundeskanzler Schmidt mit dem US-Vizepräsidenten Bush und Aussenminister Haig am 22. Mai 1981 in Washington, in: Horst Möller (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Band II: 1. Mai bis 30. September 1981. München 2012, S. 825–829, hier S. 827.

⁸⁵ Etwas Kapitalismus, in: *Der Spiegel*, 12/1983, S. 184–185, hier S. 184.

⁸⁶ Högselius, Red Gas [Fn. 59], S. 197. – Müller, Der Erdgas-Röhren-Konflikt [Fn. 44], S. 509.

⁸⁷ Gustafson, Crisis Amid Plenty [Fn. 79], S. 55.

⁸⁸ Nadeja M. Victor, David G. Victor: Bypassing Ukraine: Exporting Gas to Poland and Germany, in: David M. Victor u.a (Hg.): *Natural Gas and Geopolitics: From 1970 to 2040*. Cambridge 2006, S. 122–168, hier S. 134.

UdSSR signifikant zu. Umgekehrt erhöhte sich auch die Abhängigkeit der Sowjetunion von Europa. Anfang der 1980er Jahre nahm die UdSSR 80 Prozent ihrer Devisen aus dem Energieexport ein.⁸⁹ Dies bedeutete aber auch, dass sich die sowjetische Führung bei der Akquirierung von Fremdwährung nun nahezu vollständig von fossilen Energieträgern – und damit letztlich nur einem Exportgut – abhängig machte.

Die Sowjetunion ging nicht deshalb unter, weil die Rohstoffpreise in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einbrachen, denn trotz dieses Preisverfalls war der Export von Öl und Gas auch Ende der 1980er Jahre noch immer für rund 75 Prozent der Fremdwährungseinnahmen verantwortlich.⁹⁰ Die Sowjetunion scheiterte, weil es ihr nicht gelang, der tiefgreifenden systemischen Krise Herr zu werden. Es waren die hohen Renditen aus dem Öllexport, welche die Anreize schwächten, die dringend nötigen Reformen durchzuführen. Anstatt etwa den Agrarsektor zu reformieren, suchte man durch kurzfristige Erhöhungen der Ölexporte Mittel einzunehmen, um Getreide im Ausland einzukaufen.

Doch mit dem Wegfall eines Teils der Renditen hatte die Parteiführung nun noch weniger Mittel zur Hand, Missstände in allen Bereichen des Wirtschaftslebens kurzfristig auszugleichen oder politischen Unmut zu besänftigen. Hinzu kam, dass die Sowjetunion mit Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft auch so kostspielige Projekte wie das Wettrüsten mit den USA oder den verlustreichen Krieg in Afghanistan zu finanzieren hatte.

Die UdSSR zerfiel, doch Kosygin sollte Recht behalten. Die Erdgasverbindung zwischen Europa und Russland stellte sich tatsächlich als nachhaltiges Projekt dar, das auch den Umbruch von 1991 weitgehend unbeschadet überstand. Noch heute bezieht Europa sein Gas vornehmlich aus den westsibirischen Feldern und über dieselben Transportwege, die zu Sowjetzeiten gebaut wurden. Doch auch die westsibirischen Vorräte sind endlich und die bestehenden Transportkanäle marode oder unzuverlässig. Längst ist Russland daran gegangen, neue Vorkommen zu erschließen und hat neue Pipelines Richtung Europa gebaut. Wie schon früher ist die Frage nicht, ob das Land noch genügend Reserven hat, sondern wann und zu welchem Preis diese erschlossen und welchen Verlauf die Transportwege nehmen werden.

Energie ist aufgrund ihrer großen strategischen Bedeutung immer mehr als nur ein volkswirtschaftliches Gut, sondern eines von höchster politischer Bedeutung. Deshalb handelt es sich bei zwischenstaatlichen Energiebeziehungen immer auch um politische Projekte. Für Europa stellt sich im Umgang mit Russland nicht die Frage, ob Abhängigkeiten im Bereich der Energie wünschenswert sind, sondern wie mit den bestehenden Abhängigkeiten umgegangen werden soll. Denn an Russlands Rohstoffen führt auch in den nächsten Jahrzehnten kein Weg vorbei.

⁸⁹ Gustafson, *Crisis Amid Plenty* [Fn. 79], S. 55–56.

⁹⁰ Ebd., S. 56.